

zu Pensionslasten verpflichtet und deren Renten für die Unterhaltung historischer Baulichkeiten gedacht sind, können Beihilfen erhalten. Da nur Bayern gegen das Gesetz gestimmt hat, sind auch die Stimmen der übrigen Reichstagsmitglieder für die Zustimmung zu dem Gesetz.

Die Zentralinstanz für die Durchführung der Reparationen.

Einzelheiten des Vorschlages.

Berlin, 7. März. Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ veröffentlicht bemerkenswerte Einzelheiten über den Reparationskommissionen-Vorschlag, nach dem die Zentralinstanz für die Durchführung der Reparationen, die als oberste Instanz der Zentralinstanz, die etwa den Charakter eines internationalen Clearing-Houses tragen soll, einen Ausschuss aus neun Mitgliedern zu bilden. In diesem Ausschuss sollen die Gläubigerstaaten vier Mitglieder und Deutschland zwei Mitglieder erhalten. Zwei weitere Mitglieder sollen von den internationalen Handelskammern eingenommen werden, während die Vereinigten Staaten das neunte Mitglied stellen, dem für einen gewissen Zeitraum das Präsidium übertragen werden soll. Dieser leitende Ausschuss würde eine Art Reparationsausschuss darstellen. Von deutscher Seite soll noch angeregt worden sein, daß von Deutschland, Frankreich, England, Italien und Belgien die Leiter oder die Stellvertreter der Notenbanken dieser Länder in der Zentralinstanz delegiert werden. Des weiteren berichtet die „Bergwerkszeitung“ über einen Vorschlag amerikanischer Finanzfachverständlicher, der in den Vordergrund der Pariser Reparationsverhandlungen gerückt sei. Dieser Vorschlag geht von der Voraussetzung aus, daß Deutschland acht Milliarden Dollar aufbringen könne. Hieron würden zunächst zwei Milliarden Dollar zu Sammelkrediten für die Gläubigerstaaten und die Möglichkeit von Umtauschoperationen von Staatsanleihen der alliierten Länder durchgeföhrt werden. Die ersten Transaktionen der Ausgabe von Bonds soll mit 6 Prozent verzinst werden, während für die weiteren Transaktionen eine Ermäßigung der Zinssätze vorgesehene sei.

Offenheiten Stamps.

London, 7. März. Der Pariser Korrespondent der „Times“ meldet: Wenn die Transferrmethode festgelegt ist, wird man sich mit der Frage der deutschen Geldmarken auseinandersetzen müssen. Da die gesamte Reparationslast zu 20 oder 25 Prozent des deutschen Budgets ausmacht, während die Regierungen anderer Länder sicher schwerer sind, dürfte eine zum mindesten zeitweilige Lösung dieses Problems möglich sein, besonders wenn sie durch teilweise Kommerzialisierung der deutschen Schuld erleichtert wird. Jede Regelung, die jetzt aufkommen sollte, wird nach der Forderung einer zuverlässigen Autorität (gemeint ist laut „Daily Telegraph“ Sir John Stamp) im wesentlichen vorläufiger Art sein. Das Reparationsproblem kann nicht in einer kürzeren Zeit als 60 oder 80 Jahren vollständig gelöst werden. Das Problem hat eine politische, eine finanzielle und eine industrielle Seite. Die heutige Konferenz beschäftigt sich hauptsächlich mit der

Ein Dreierausschuß gegen die Minderheiteninteressen.

Eine Herausforderung.

Genf, 7. März. Im Laufe des heutigen Vormittags wurde in Bezug auf die Behandlung der zum Minderheitenproblem vorliegenden Anträge eine Kompromißlösung gefunden, wonach zunächst ein Dreierkomitee, bestehend aus Udach, Japan, Quinones de Leon, Spanien und Chamberlain, England gebildet werden soll. Am Nachmittag wurde der hiesige Vorschlag angenommen. Der Arbeitsausschuß hat unter Berücksichtigung der verschiedenen bei der Aussprache über den deutschen und kanadischen Antrag geltend gemachten Gesichtspunkte das in Betracht kommende Material zu sammeln und kann auch Bemerkungen der Regierungen mit Minderheitenverpflichtungen und jedes anderen Völkerbundesstaates entgegennehmen. Diese Bemerkungen müssen bis zum 15. April eingereicht sein. Auf Grund dieses Materials wird das Dreierkomitee einen Bericht ausarbeiten, den der Völkerbundsrat, der hierfür als Ratkomitee unter Hingabe der sämtlichen Ratmitglieder zusammentritt, einer ersten Prüfung und zwar vor der nächsten Ratstagung unterziehen wird. Als Tagungsort für das Ratkomitee kommt eine spanische Stadt in Betracht.

Dieser Dreierausschuß ist seiner persönlichen Zusammenlegung nach eindeutig gegen die Minderheiteninteressen gerichtet; von ihm kann eine sachliche förderliche Arbeit in keiner Weise erwartet werden. Das Ergebnis der „Kompromißlösung“ ist, daß sich die drei Herren, von denen jeder einzelne noch den Nachweis schuldig ist, daß er überhaupt begriffen hat, um was es sich bei der Aufgabe des Völkerbundes, die Minderheiten zu schützen, im Grunde überhaupt handelt, in Genf vom Völkerbundssekretariat einen Bericht machen lassen, der praktisch zu nichts anderem führen würde als dazu, daß entweder gar nichts an den Verhältnissen geändert wird oder aber, daß sich Leute wie Stresemann und Danneberg im Juni abermals zur Wehre setzen müssen, um die Aussprache über die Minderheiten aufs neue anzuführen. Die Auffassung vom „Völkerbundskompromiß“, die aus diesem Beschluß spricht, ist eine Herausforderung.

Der Wortlaut der Entschließung.

Genf, 7. März. Die Entschließung des Völkerbundsrats zur Weiterbehandlung der Minderheitenfrage hat folgenden Wortlaut:

1. Der Völkerbundsrat beauftragt seinen Berichterstatter, ihm für seine Juni-Tagung einen Bericht über die Anträge zu unterbreiten, mit denen er von dem kanadischen und dem deutschen Ratmitglied beauftragt worden ist, wobei die verschiedenen Punkte berücksichtigt werden sollen, die von mehreren Ratmitgliedern im Verlauf

politischer Seite, welche Berücksichtigung der nationalen Notwendigkeiten, der Vertragsanprüche und Vertragspflichten erfordert. Es ist unmöglich, auf einer einzigen Konferenz mehr als eine dieser Seiten des Problems zu behandeln. Die Delegierten werden sich früher oder später ungleichbar den Einwirkungen der Industrie und der Finanz gegenübersehen, denen gegenwärtig kein wirksames Ohr geschenkt werden kann. Die Lösungen von heute werden durch ihre Wirkung auf Preise, Arbeitsstunden und Löhne wieder zerrüttet werden. Die Sachverständigenkonferenz sollte die künftigen Schwierigkeiten im Auge behalten. Bisher hat so schreibt der Korrespondent der „Times“ weiter, die Regelung behandelt, die die wirkliche Zahlung von Reparationen auf eine bestimmte Zeit zu verschieben, da Deutschland gestattet wurde, für diesen Zweck wiederholt Anleihen in Amerika aufzunehmen. Aber das heißt nur, den Augenblick der wirklichen Zahlung hinauszuschieben. Inzwischen wird durch Sachverständigen eine Lage geschaffen, in der die Gläubigerstaaten immer mehr fragen werden, ob sie wirklich Reparationen nehmen sollen oder nicht. Die Fähigkeit der Gläubigerstaaten, gewisse Güter aufzunehmen, hat eine Grenze. Die Zahlung der Reparationen in drei Gruppen durch den Ausschuss bedeutet, daß ein Versuch gemacht wird, den regelmäßigen Transfer solcher Reparationen zu sichern, die zweifellos abbezahlt werden können und gleichzeitig den Weg für eine künftige Erhöhung oder Verminderung offen zu lassen.

Zur Hebung der deutschen Ausfuhr.

New York, 7. März. Der Pariser Berichterstatter von „Herald and Tribune“ will aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, daß eine der bemerkenswertesten Aufgaben der geplanten Reparationsbank die Aufhebung von Anleihen für verschiedene, namentlich europäische Länder sei, denen dadurch ermöglicht würde, mit deutschen Industrieländern Verträge abzuschließen. Auf diese Weise soll für eine Reihe von Jahren für Deutschland ein Ausfuhrüberschuß gesichert werden. Ein derartiger Vorschlag, der zuerst vom Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht gemacht worden sei, sei in ihrer jetzigen Form vor, daß die Reparationsbank auch für Deutschland als Anleihenvermittler benutzt würde.

Keine Berliner Einflussnahme auf die deutsche Delegation in Paris.

Berlin, 7. März. Zu den in Zusammenhang mit der Reise Dr. Schachts nach Berlin veröffentlichten Zeitungsmeldungen, wonach von Berlin aus auf die deutsche Delegation Einfluss zu nehmen versucht werde, wird uns mitgeteilt, daß die Reise Schachts nach Berlin einen vollkommen privaten Anlaß hat, nämlich eine Hochzeitfeier im Familienkreise. Von Berlin aus werde auf die deutsche Delegation keinerlei Einfluss zu nehmen versucht.

Der Gesundheitszustand der französischen Besatzungstruppen.

Berlin, 7. März. (Wg. Draht.) In den letzten Tagen wurden mehrfach Nachrichten über das Auftreten von Lungenpest bei den französischen Besatzungstruppen in Trier verbreitet. Wie der „Ullrichsche Preussische Beobachter“ mitteilt, hat eine sofortige Erkundigung bei dem Regierungspräsidenten von Trier ergeben, daß diese Gerüchte nicht zutreffend sind, und daß zu ernsteren Besorgnissen kein Anlaß vorliegt. Bei den Besatzungstruppen, die zum größten Teil aus Südrussland stammen, tritt vielmehr die Grippe in recht schwerer Form, besonders bei komplizierten Lungenentzündungen, auf, auf die zahlreiche Todesfälle zur Folge. Es ist in diesem Zusammenhang daran zu erinnern, daß auch 1918 und 1919, als sich die Grippe allgemein in Deutschland ausbreitete und mit ähnlichen schweren Komplikationen verlauf, immer wieder Gerüchte über das Auftreten von Lungenpest auftraten. In der Bevölkerung von Trier herrscht gleichfalls eine ausgebreitete Grippeepidemie, doch verläuft hier die Krankheit durchaus gutartig.

Das Kohlenproblem.

Genf, 7. März. Bei der Behandlung des von dem deutschen Ratmitglied erstatteten Bericht über die letzte Tagung des Wirtschaftsausschusses wurde zum Kohlenproblem festgestellt, daß die bisherigen Unternehmungen einen günstigen Eindruck in die Komplexität dieses Problems gebracht haben und die Fortsetzung dieser Unternehmung zweckmäßig erscheinen lassen. Besonderer Nachdruck wird in dem Bericht des deutschen Ratmitgliedes auf die Notwendigkeit der baldigen Ratifizierung des Abkommens zur Aufhebung der Ein- und Ausfuhrverbote gelegt, da deren Inkrafttreten von der rechtzeitigen Ratifizierung von mindestens 18 Staaten bis zum 30. September 1929 abhängt. Bis heute haben nur Belgien, Frankreich, andere acht Staaten, darunter Deutschland, Italien und Chamberlain, die Ratifizierung vorgenommen. Bei andern dieses Abkommens auch durch Frankreich und England in Aussicht. Chamberlain gab der Hoffnung Ausdruck, daß eine internationale Aktion zur Behebung der Schwierigkeiten auf dem internationalen Kohlenmarkt möglich werde. Der Rat beschloß ferner, die Konferenz der Auffassung einer Konvention über das Fremdenrecht und über die gleichzeitige Behandlung der Ausfuhr und ihrer Unternehmungen zum 5. November ds. Js. nach Genf einzuberufen.

Die Unterredung Dr. Stresemann-Chamberlain.

Genf, 7. März. Die heutige einständige Unterredung zwischen Reichsaußenminister Dr. Stresemann und dem englischen Außenminister Chamberlain galt im

wesentlichen denselben Fragen, die der Reichsminister mit dem französischen Außenminister vorgelegten beiproben habe, darunter auch der Frage der weiteren Behandlung des durch den kanadischen und den deutschen Antrag aufgeworfenen Minderheitenproblems. Die mit dem Reparationsproblem zusammenhängenden Fragen wurden ebenfalls gestreift. Man war sich dabei gegenseitig klar, daß die politische Behandlung dieses Fragenkomplexes erst wieder aufgenommen werden kann, wenn die unabhängige Prüfung der Sachverständigen zu einem Abschluß gekommen sein wird.

Die Utrechter Veröffentlichungen vor der belgischen Kammer.

Der Chef des belgischen Nachrichtenwesens wird seines Amtes enthoben.

Brüssel, 7. März. Ministerpräsident Jaspars gab heute in der Kammer eine Erklärung über den weiteren Verlauf der Angelegenheit der Utrechter Veröffentlichungen ab. Er erinnerte zunächst an die vom Minister des Nachrichtenwesens nach dem Erscheinen der Utrechter Veröffentlichungen in der Kammer abgegebene Erklärung und an die von dem Abgeordneten van Cauwelaert in der anschließenden Aussprache gestellte Forderung, daß die belgische Regierung sich mit der niederländischen Regierung in Verbindung setze, um Nachforschungen nach dem Schuldigen in die Wege zu leiten. Minister des Nachrichtenwesens Jansz hat, nachdem er mit dem Justizminister Jansz in der Angelegenheit der Utrechter Veröffentlichungen zu besprechen, ohne abzuwarten, welche Schritte im Ausland getan werden. Der Generalstaatsanwalt habe die Einleitung einer Untersuchung angeordnet, die zur Feststellung der Umstände, unter denen die Veröffentlichungen zustande gekommen sind, führen soll, und im Laufe der Untersuchung die belgische Spionageabwehr mit dem in Verbindung stehenden, die Beland erhalten habe, sich ein gewisses Dokument zu beschaffen. Jansz hat sich mit dem Agenten des belgischen Geheimdienstes in Verbindung gesetzt und das angegebene Dokument fabriziert, das dann durch den Redakteur der „Schelde“, Ward Hermans, der holländischen Zeitung übermitteln worden sei. Den Agenten, die das Dokument bekanntgegeben, dagegen nicht dem Chef des Geheimdienstes. Die Freilegung Jansz, so fuhr der Ministerpräsident fort, ist ein Umstand mehr, der geeignet ist, zu bestätigen, was Minister des Nachrichtenwesens Jansz gesagt hat. Auf gerichtlichem Wege ist festgestellt worden, daß es sich um eine große Fälschung handelt. Dies macht endlich allen Schauerzürnen ein Ende, die immer wieder kolportiert worden sind. Ebenso ist festgestellt worden, daß die Fälschungen von Jansz hergeleitet worden sind. Alles hat sich ohne Wissen des Chefs des belgischen Generalstaats abgeleitet, und man kann hinzufügen, daß die Regierung mit allem, was mit der Dokumentenfälschung zusammenhängt, nicht in der geringsten Beziehung steht. Kein einziger belgischer Minister hat vor Veröffentlichung der falschen Nachrichten irgend etwas von ihrer Existenz gewußt. Schließlich hat das Justizverfahren klargestellt, daß Agenten des belgischen Geheimdienstes um die Erteilung der falschen Dokumente gewußt haben und zugelassen, daß sie in Umlauf gebracht wurden. Dies ist ein schwerer Verstoß. Die Untersuchung, die im Einvernehmen mit dem Chef des Generalstaats vorgenommen worden ist, hat bereits zu dem Entschluß geführt, den Chef des Nachrichtenwesens seinen Funktionen zu entheben. Gegen andere Agenten, die Verstöße begangen haben, werden Strafmaßnahmen verhängt werden. Der Abgeordnete Merlot erhob hier in einem Zwischenruf die Forderung, daß der gesamte militärische Geheimdienst verhaftet werden müsse, woran der Abgeordnete Jansz aus seinerseits die Forderung knüpfte, daß das gleiche auch von Seiten der Deutschen geschehe, denn Belgien sei, wie er behauptete, voll von deutschen Spionen.

Die nächste Ratstagung in Madrid.

Genf, 7. März. In unterrichteten Kreisen verlautet, daß in der Sonnabend vormittag stattfindenden Sitzung der gegenwärtigen Ratstagung das spanische Ratmitglied Quinones de Leon den Rat offiziell einladen wird, seine nächste Tagung in Madrid abzuhalten. Unter den Ratmitgliedern besteht bereits Übereinstimmung, die Einladung einstimmig anzunehmen.

Die Utrechter Veröffentlichungen vor der belgischen Kammer.

Der Chef des belgischen Nachrichtenwesens wird seines Amtes enthoben.

Brüssel, 7. März. Ministerpräsident Jaspars gab heute in der Kammer eine Erklärung über den weiteren Verlauf der Angelegenheit der Utrechter Veröffentlichungen ab. Er erinnerte zunächst an die vom Minister des Nachrichtenwesens nach dem Erscheinen der Utrechter Veröffentlichungen in der Kammer abgegebene Erklärung und an die von dem Abgeordneten van Cauwelaert in der anschließenden Aussprache gestellte Forderung, daß die belgische Regierung sich mit der niederländischen Regierung in Verbindung setze, um Nachforschungen nach dem Schuldigen in die Wege zu leiten. Minister des Nachrichtenwesens Jansz hat, nachdem er mit dem Justizminister Jansz in der Angelegenheit der Utrechter Veröffentlichungen zu besprechen, ohne abzuwarten, welche Schritte im Ausland getan werden. Der Generalstaatsanwalt habe die Einleitung einer Untersuchung angeordnet, die zur Feststellung der Umstände, unter denen die Veröffentlichungen zustande gekommen sind, führen soll, und im Laufe der Untersuchung die belgische Spionageabwehr mit dem in Verbindung stehenden, die Beland erhalten habe, sich ein gewisses Dokument zu beschaffen. Jansz hat sich mit dem Agenten des belgischen Geheimdienstes in Verbindung gesetzt und das angegebene Dokument fabriziert, das dann durch den Redakteur der „Schelde“, Ward Hermans, der holländischen Zeitung übermitteln worden sei. Den Agenten, die das Dokument bekanntgegeben, dagegen nicht dem Chef des Geheimdienstes. Die Freilegung Jansz, so fuhr der Ministerpräsident fort, ist ein Umstand mehr, der geeignet ist, zu bestätigen, was Minister des Nachrichtenwesens Jansz gesagt hat. Auf gerichtlichem Wege ist festgestellt worden, daß es sich um eine große Fälschung handelt. Dies macht endlich allen Schauerzürnen ein Ende, die immer wieder kolportiert worden sind. Ebenso ist festgestellt worden, daß die Fälschungen von Jansz hergeleitet worden sind. Alles hat sich ohne Wissen des Chefs des belgischen Generalstaats abgeleitet, und man kann hinzufügen, daß die Regierung mit allem, was mit der Dokumentenfälschung zusammenhängt, nicht in der geringsten Beziehung steht. Kein einziger belgischer Minister hat vor Veröffentlichung der falschen Nachrichten irgend etwas von ihrer Existenz gewußt. Schließlich hat das Justizverfahren klargestellt, daß Agenten des belgischen Geheimdienstes um die Erteilung der falschen Dokumente gewußt haben und zugelassen, daß sie in Umlauf gebracht wurden. Dies ist ein schwerer Verstoß. Die Untersuchung, die im Einvernehmen mit dem Chef des Generalstaats vorgenommen worden ist, hat bereits zu dem Entschluß geführt, den Chef des Nachrichtenwesens seinen Funktionen zu entheben. Gegen andere Agenten, die Verstöße begangen haben, werden Strafmaßnahmen verhängt werden.

Frank-Reine freigelassen.

Brüssel, 6. März. Wie die belgische Telegrafagentur meldet, wurde heute abend Frank-Reine vom Untersuchungsrichter auf Antrag des Staatsanwalts auf freien Fuß gesetzt, da die Tatsache der Fälschung nicht ausreicht, die Untersuchungshaft gegen ihn aufrechtzuerhalten. Selbst wenn, heißt es in der Meldung weiter, die Untersuchung in unabweisbaren Fällen beweisen dürfte, daß die vom „Ullrichs Dagblad“ veröffentlichten Dokumente gefälscht sind und daß Frank der Urheber dieser Fälschung ist, gibt es nach dem belgischen Strafgesetz keine Möglichkeit, die Untersuchungshaft gegen Frank aufrechtzuerhalten.

Die Untersuchung geht weiter.

Brüssel, 7. März. Wie die belgische Telegrafagentur meldet, wird die Untersuchung gegen Frank in der Angelegenheit der Utrechter Veröffentlichungen weiter fortgesetzt, und gegen Frank bleibt, obwohl er in Freiheit gesetzt worden ist, die Untersuchungshaft in der Untersuchungshaft aufrechterhalten. Der Redakteur der „Schelde“, Ward Hermans, konnte noch nicht verhaftet werden.

Die Antwort an den holländischen Journalistenverband.

Amsterdam, 6. März. „Ullrichs Dagblad“ veröffentlicht heute eine Erklärung, in der es heißt, daß die Redaktion des Blattes ihre volle Unterstützung bei der gegenwärtigen Untersuchung der Echtheit des vom Blatt veröffentlichten Dokumentes zugesagt. Eine solche Unterstützung müsse jedoch, heißt es weiter, durch die dazu befugten staatlichen Stellen durchgeführt werden. Aus diesem Grunde habe die Redaktion auf den Vorstoß des Vorstandes des holländischen Journalistenverbandes, die Untersuchung durch ihn vornehmen lassen, nicht eingehen können. Das Blatt verweist auf die Erklärung des Herrn van Buren, der nicht nur das vom „Ullrichs Dagblad“ veröffentlichte Dokument, sondern auch noch mehrere andere Schriftstücke erworben habe und welche und schlägt vor, daß von Burens in seiner Bedenken gegen eine Prüfung frage, die Untersuchung am zweckmäßigsten auf sämtliche in Frage kommenden Dokumente zu erstrecken.

Der Gesundheitszustand der französischen Besatzungstruppen.

Berlin, 7. März. (Wg. Draht.) In den letzten Tagen wurden mehrfach Nachrichten über das Auftreten von Lungenpest bei den französischen Besatzungstruppen in Trier verbreitet. Wie der „Ullrichsche Preussische Beobachter“ mitteilt, hat eine sofortige Erkundigung bei dem Regierungspräsidenten von Trier ergeben, daß diese Gerüchte nicht zutreffend sind, und daß zu ernsteren Besorgnissen kein Anlaß vorliegt. Bei den Besatzungstruppen, die zum größten Teil aus Südrussland stammen, tritt vielmehr die Grippe in recht schwerer Form, besonders bei komplizierten Lungenentzündungen, auf, auf die zahlreiche Todesfälle zur Folge. Es ist in diesem Zusammenhang daran zu erinnern, daß auch 1918 und 1919, als sich die Grippe allgemein in Deutschland ausbreitete und mit ähnlichen schweren Komplikationen verlauf, immer wieder Gerüchte über das Auftreten von Lungenpest auftraten. In der Bevölkerung von Trier herrscht gleichfalls eine ausgebreitete Grippeepidemie, doch verläuft hier die Krankheit durchaus gutartig.

Die Unternehmung gegen die russischen Fischer.

Oberlin, 7. März. Wie die „D. A. Z.“ meldet, hat heute vormittag ein Vertreter der amerikanischen Botschaft im Auftrag des Washingtoner Staatsdepartements die Reichsregierung offiziell davon verständigt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten großes Interesse an der Durchführung der Unternehmung gegen die vor einigen Tagen in Berlin veröffentlichten Dokumentenfälscher nimmt und sich von der Auffassung der Angelegenheit den Erfolg verspricht, daß sich in Zukunft ähnliche Verbrechen nicht mehr ereignen. Gleichzeitig wurde der Reichsregierung mitgeteilt, daß der Vorsitzende des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Senator Borah, persönlich an der Klärung der Fälschungen in hohem Maße interessiert sei und die Ergebnisse der weiteren Ermittlungen mit großer Aufmerksamkeit verfolgen. Es ist selbstverständlich, so bemerkt das Blatt dazu, daß von Seiten unserer Behörden alles geschieht, um eine

Der Gesundheitszustand der französischen Besatzungstruppen.

Wichtige Mitteilungen.

Mat soll Ihnen nicht fehlen im letzten Heft sollen Ihnen dieses Heftes die besten Nachrichten über die Fortschritte der Untersuchung der Echtheit des vom Blatt veröffentlichten Dokumentes zugesagt. Eine solche Unterstützung müsse jedoch, heißt es weiter, durch die dazu befugten staatlichen Stellen durchgeführt werden. Aus diesem Grunde habe die Redaktion auf den Vorstoß des Vorstandes des holländischen Journalistenverbandes, die Untersuchung durch ihn vornehmen lassen, nicht eingehen können. Das Blatt verweist auf die Erklärung des Herrn van Buren, der nicht nur das vom „Ullrichs Dagblad“ veröffentlichte Dokument, sondern auch noch mehrere andere Schriftstücke erworben habe und welche und schlägt vor, daß von Burens in seiner Bedenken gegen eine Prüfung frage, die Untersuchung am zweckmäßigsten auf sämtliche in Frage kommenden Dokumente zu erstrecken.

Dermischte Nachrichten.

Von einem Einbrecher niedergeschossen.

Berlin, 7. März. Gestern abend verurteilte ein Einbrecher in die Wohnung eines Postiers in der Westendstraße durch einen Fenster einzudringen. Der Wohnungsinhaber überraschte den Dieb, der darauf eine Pistole zog und auf ihn einen Schuß gab, der den Postier schwer verletzte. Der Dieb entkam trotz Verfolgung unerkannt.

Ein Versuchungsflugzeug abgestürzt.

Mitrov (Medienburg), 6. März. Am Mittwoch nachmittag verunglückte ein Versuchungsflugzeug in der Nähe der Domäne Rogow. Das Flugzeug stürzte zu Boden und wurde völlig zerstört. Die beiden Insassen wurden getötet. Die Ursache des Unglücks ist noch nicht ermittelt. Die Verunglückten sind der 31jährige Flugzeugführer Döring aus Stettin und der 29jährige Pilot aus Berlin. Das Flugzeug ist mit seiner ganzen Breite auf den hart gefrorenen Boden aufgeschlagen und völlig in kleine Stücke gesplittelt. Lediglich der Schwanz des Flugzeuges ist erhalten geblieben. Die Leichen wurden noch gestern abend vom Herrenhaus der Domäne Rogow nach Recklin geschafft, wo sich der Flugplatz befindet. Eine technische Kommission wird zur Untersuchung des Unglücksfalles heute an der Unglücksstelle eintreffen.

Aufzeichnungen eines heftigen Erdbebens.

Hamburg, 7. März. Die Seismographen der hiesigen Hauptstation für Erdbebenforschung verzeichneten in der vergangenen Nacht in Lieberose eine mit den Apparaten der Sternwarte Königsberg in Baden und der Sudbaster Erdbebenstation ein sehr heftiges Erdbeben, dessen Herd im nördlichen Großen Ozean etwa im Gebiet südlich von Kamchatka liegen dürfte.

Wegen Schneeverwehung entgleist.

Münster, 7. März. Nach einer Mitteilung der Reichsbahndirektion Münster ist heute ein Zug der Rheinbahn Bressath-Richtinghousen zwischen Bressath und Eidenhausen mit sämtlichen Wägen infolge Schneeverwehungen entgleist. Die Lokomotive stürzte über die Weisung hinab. Personen wurden nicht verletzt. Der Betrieb wurde ab Eidenhausen wieder aufgenommen.

Die Bluttat einer Bahnschneise.

Gießen, 7. März. Die seit längerer Zeit trübselige Ehefrau des Maschinenbauers Schlegel in der vergangenen Nacht in einem Unfall von Verfolgungswahn mit einer Wirt auf der Bahn in Gießen einen Mann erschossen und verletzte ihn lebensgefährlich. Hierauf beging die Frau Selbstmord durch Erhängen.

Aus d...
Es sei noch...
Wikingstraße 17,
sagen aus dem
haußen dem an
Boscholt, Vor
bed, Redinghau
Dülmens-Geltern,
wartet, daß me
a. a. wird für
Häcker, Münster
Batum können
halten auf ein R
interstellaren Zent
recht zahlreich tel
de wahlfähige we
und Jungfrauen
fragen der Zentr

Boscholt, 8. M...
fand in der Mula
algymnastische
1929 statt. Das
ger und die 41
befanden haben,
vortragenden M
brachte der Mitur
der Abiturientia
brud und richtete
Schüler der Anta
direktor Regierung
von der Anstalt ich
der Ermahnung.
Reisezeugnisse an,
brud, ich muß die
Ende.

Boscholt, 8. M...
Dichter Felix Ti
Schützenhauses
und Dichter Her
Die Stadtbühne
Berke Timmerme
hühenden Weibch
Treue. „Das Bild
der Landhaft ist
Erzählungen vom
verplant. „Ballu
unbekannten der
heiligen drei Rör
heimatlichem Gewo
Jungfer Symphoro
Liebe und fromme
Arbeitsbild, von
Bühner ist jeden
Uhr geöffnet. In
Deutschland fets
worden; er wirkt
Persönlichkeit und
Seine Kunst reist
seinem Rufe, seiner
taufte nach hollän
typischen Tracht, w
tragen; und wenn
geren Gesellschaft
Kraße begehrte, d
winnt er seine Be
den weiten Stande
die altergraue P
kämpft er uns in se
Auszug heute aben
Schützenhauses zu
und Selbstborn und

Wichtige Mitteil...
Boscholt, 8. Mä...
Mat soll Ihnen n...
höher im letzten H...
sollen Ihnen dies...
lungen Vorhaltun...
hierdurch darauf
Strienz, den b...
Rundstuf, der C...
seinen Gelang erst...
son des älteren A...
Sonntag, dem 10...
jes hiesigen Quaa...
eigener Person se...
Sie da nicht dabei
1,50 RM. sind in
Heilborn und Nege...

Wettstreit...
Boscholt, 8. Mä...
findet in ganz De...
deutschen Einstei...
die Brauchbarkei...
bringen und das v...
breitete Märchen v...
versteuchen. Ge...
80 Stücken in der...
findet ein Schön...
auch die Teilneh...
werden. Auch St...
hören, können an...
Boscholt findet d...
10 Uhr im Vereins...

Dressurstunden im...
Boscholt, 8. Mä...
wurde feste in sein...
funden wie folgt
Mittwoch abends...
am Rolenberg halt...
bern anwariet, da...
Labungstunden bete...
die im Juni stattf...
über hinaus hat j...
enbet dreifachen Sum...
Wiedlungen dient...
von den Aufzucht...
einige Stunden zw...
Natur, nur mit sein...
Dann leit noch auf...
weisen, nach dem d...

